

Oktober 2024

SÜDAFRIKA AM SCHEIDEWEG

Gerald Hainzl

30 Jahre nach der Wahl Nelson Mandelas zum ersten Präsidenten nach Ende der Apartheid brachten die Wahlen vom 29. Mai 2024 in Südafrika erstmals keine Parlamentsmehrheit für den regierenden African National Congress (ANC). Eine Koalitionsregierung der Nationalen Einheit (GNU) mit der ehemals größten Oppositionspartei Democratic Alliance (DA), der Inkatha Freedom Party (IFP) und mehreren Kleinparteien ist die Folge. Inwieweit die vielen unterschiedlichen Positionen tatsächlich in ein positives Regierungsergebnis umgesetzt werden können, bleibt abzuwarten. International war Südafrika in letzter Zeit mit seiner im Westen als pro-russisch empfundenen Haltung und der Unterstützung für die Palästinenser in den Schlagzeilen.

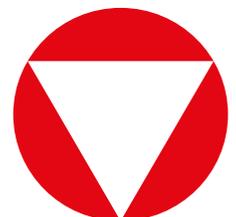
Die Regierung der Nationalen Einheit

Die aus den Parlamentswahlen vom 29. Mai 2024 hervorgegangene Regierung der Nationalen Einheit hat folgende Prioritäten festgelegt:

- ✔ Wirtschaftswachstum: Vorrang für die Schaffung von Arbeitsplätzen, Industrialisierung und Entwicklung der Infrastruktur.
- ✔ Armut und Ungleichheit: Armutsbekämpfung, Reduktion von Ungleichheiten sowie Ernährungssicherheit.
- ✔ Grundversorgung und Arbeitnehmerrechte: Sicherstellung des Zugangs zu grundlegenden Dienstleistungen und Schutz der Arbeitnehmerrechte.
- ✔ Lokale Verwaltung: Stabilisierung der Kommunalverwaltung und Verbesserung der Regierungsführung.
- ✔ Bildung und Gesundheitsversorgung: Investitionen in das Bildungs- und Gesundheitswesen zur Stärkung der Bürger.
- ✔ Öffentlicher Dienst: Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes im Hinblick auf Effizienz und Effektivität.
- ✔ Kriminalitätsbekämpfung und Sicherheit: Stärkung der Kriminalitätsbekämpfung/Strafverfolgung und der nationalen Sicherheit.
- ✔ Parlamentarische Funktionen: Verbesserung der Aufsicht durch das Parlament.
- ✔ Sozialer Zusammenhalt und Außenpolitik: Förderung des sozialen Zusammenhalts, der demokratischen Teilhabe und einer auf den Menschenrechten basierenden Außenpolitik.

EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH

BUNDESHEER.AT



UNSER HEER

Die Herausforderungen

Die Herausforderungen für die neue Regierung sind enorm. Laut dem FinScope Consumer South Africa 2023 Survey werden durchschnittlich rund 85% des monatlichen Einkommens für die Lebenshaltungskosten (Lebensmittel, Energie, Transport und Kommunikation) ausgegeben, die sich wie folgt aufteilen: Lebensmittel 30,4%, Energie 11,5%, Transport 9,1%, Kommunikation 8,8%, Instandhaltung des Haushaltes und Mieten 8,5%. Das limitiert den Zugang zu Ausbildung und Versicherungen und verhindert Schuldentrückzahlungen. Die Situation wird sich auch nicht rasch verbessern, was unter anderem den mehr als 12% erhöhten Stromtarifen geschuldet ist. Darüber hinaus beträgt die Arbeitslosenrate über 30% und die Anzahl der Gewaltverbrechen lässt das Vertrauen in die Institutionen des Staates ebenfalls sinken. Zudem sind viele politische Positionen von ANC und DA so unterschiedlich, dass die Koalition für das Funktionieren über eine Legislaturperiode viel Beziehungsarbeit leisten müssen.

Innenpolitische Herausforderungen

Aus Sicht des ANC wurde in Südafrika 1994 eine junge Demokratie etabliert und die Institutionen gestärkt. Nicht erreicht wurden jedoch die Abschaffung der Armut und der Ungleichheit sowie eine Reduktion der Arbeitslosigkeit. Das aus Sicht des ANC schlechte Abschneiden bei den Wahlen lässt sich aus verschiedenen Blickwinkeln erklären: Die ANC-Regierung unter Präsident Ramaphosa hat im Vorfeld der Wahlen nichts unversucht gelassen, um vom Versagen der letzten Jahr(zehnt)e abzulenken. Selbst das für die Bevölkerung unangenehme load shedding (partielle Stromabschaltungen) war in den Wochen vor der Wahl plötzlich kein Thema mehr. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stromversorgung der wachsenden Bevölkerung nicht gewährleistet werden kann und das Wirtschaftswachstum dadurch gehemmt wird. Zudem

war die Stromversorgung nicht die einzige Herausforderung, der die Regierung nur wenig entgegenzusetzen hatte. Auch die Versorgung mit Wasser, Wohnraum, eine verstärkt wahrgenommene Korruption sowie irreguläre Migration waren weitere Themen, die für die Wähler eine wichtige Rolle gespielt haben dürften und für welche die GNU Lösungen finden muss.

Es darf jedoch auch nicht vergessen werden, dass der ANC als politische Sammelbewegung einen breiten Spagat zwischen den unterschiedlichen Interessen schaffen musste. Dass dies nicht gelang, zeigt die Abspaltung der Economic Freedom Fighters (EFF) im Jahr 2013, die mit klassischen ANC-Themen punkten (Landrechte, Umverteilung) sowie die Gründung der Partei uMkhonto weSizwe (MK) durch den ehemaligen Präsidenten Jakob Zuma kurz vor den letzten Wahlen. Zusammen hätten die jetzt drei Parteien nach wie vor eine komfortable Mehrheit von 64,28% (ANC 40,18%, MK 14,58%, EFF 9,52%).

Auch in der Bildungspolitik gibt es gravierende Unterschiede zwischen ANC und DA. So gab der Vorsitzende der DA im September bekannt, dass die Unterzeichnung eines Gesetzes im Bildungsbereich (Basic Education Laws Amendment) durch den Präsidenten die Regierung der Nationalen Einheit auf eine harte Bewährungsprobe stellen und das Koalitionsabkommen gefährden würde. Es lässt sich schwer abschätzen, inwieweit die DA mit solchen Aussagen versucht, eigene politische Inhalte durchzusetzen oder einen Abtausch in anderen Politikfeldern zu erreichen. Die Partei versucht jedenfalls, diese Aussagen herunterzuspielen. In jedem Fall scheint es eine große Herausforderung, die Regierung der Nationalen Einheit durch die gesamte Legislaturperiode zu manövrieren.

Wirtschaftliche Herausforderungen

Die wirtschaftliche Entwicklung hat in den letzten Jahren eine negative Wendung genommen. Dies ist einerseits auf Einbrü-

che durch die COVID-Krise und die Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine und die mit diesen Krisen verbundenen internationalen ökonomischen Verwerfungen zurückzuführen, andererseits sind die innerstaatlichen Auslöser ebenfalls nicht zu übersehen. Korruption, politische Einflussnahme und fehlende Steuereinnahmen (ein Minus von 56,1 Mrd. Rand [2,7 Mrd. Euro] verglichen mit dem Voranschlag) tragen einen großen Anteil an der Krise. Bei seiner Budgetrede musste der Finanzminister ankündigen, dass auf staatliche Reserven zurückgegriffen werden muss, um die Staatsschulden bedienen zu können. Verantwortlich dafür werden Wechselkursschwankungen gemacht.

Internationale Unternehmen reagieren unter anderem wegen dieser Entwicklungen auf zukünftige Pläne Südafrikas eher skeptisch. So bezweifeln etwa die Volkswagen AG und Isuzu Motors laut der Nachrichtenagentur Bloomberg die südafrikanischen Pläne, eine Industrie für elektrische und wasserstoffbetriebene Fahrzeuge aufbauen zu können. Die südafrikanische Energiewende geht zudem nicht so schnell voran, wie es sich internationale Unterstützer des Landes wünschen würden. Allerdings hätte ein schnellerer Ausstieg aus Kohle und Umstieg auf Alternativen den Verlust von Arbeitskräften zur Folge, etwas, das sich die Regierung wohl derzeit nicht leisten kann.

Die Unsicherheit hinsichtlich internationaler Investitionen führte Südafrika noch näher an China heran, das ohnehin schon der wichtigste Handelspartner des Landes ist. Während des letzten China-Afrika-Gipfels beschlossen die beiden Staaten auf bilateraler Ebene eine Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Think Tanks in Südafrika gehen davon aus, dass dieses Land zwar über eine große Fülle an guten Plänen und Strategien verfügt, die mangelnde Umsetzung und Rechenschaftspflicht einen Fortschritt allerdings be- bzw. verhindern.

Internationale Herausforderungen

Nach dem historischen Übergang Südafrikas zur Demokratie im Jahr 1994, der durch Nelson Mandelas Amtsantritt als Präsident symbolisiert wurde, begrüßte die Weltgemeinschaft, insbesondere die westlichen Staaten, den Anbruch eines „neuen Südafrikas“, das in der Lage ist, eine wichtige Rolle bei der Förderung von Konfliktlösungen am Kontinent zu spielen, den wirtschaftlichen Wohlstand in ganz Afrika voranzutreiben und sich weltweit für Demokratie und Menschenrechte einzusetzen. Vor dem Hintergrund der damaligen nationalen wie internationalen politischen Aufbruchsstimmung nach Ende des Kalten Krieges wurde dem „neuen Südafrika“ eine Rolle zugeordnet, die es jedoch nur begrenzt erfüllen konnte.

In seiner Außenpolitik nach der Apartheid hat Südafrika drei Amtszeiten im UN-Sicherheitsrat absolviert, sich für die Erweiterung der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) eingesetzt und wird 2025 als erstes afrikanisches Land Gastgeber der G20 sein. Seine kontinentalen Ambitionen wurden jedoch durch den Widerstand anderer afrikanischer Staaten gegen seine wirtschaftliche Expansion und seine demokratischen Grundsätze sowie durch Zweifel an seiner Eignung als globaler Vertreter Afrikas eingeschränkt. Darüber hinaus haben innenpolitische und wirtschaftliche Herausforderungen die Verfolgung regionaler und globaler Agenden durch die verschiedenen Regierungen behindert.

Die außenpolitischen Ideen der neuen Koalitionspartner, die bis vor den Wahlen teilweise im Widerspruch zueinanderstanden waren, sind möglicherweise nur sehr schwer miteinander in Einklang zu bringen. In einigen Sachbereichen entsteht der Eindruck, dass entweder die Rolle einer Regierungspartei noch nicht eingenommen wurde bzw. weiterhin Oppositionspolitik betrieben wird. Während der Budgetdebatte im Juli 2024 wies der

Vertreter der DA darauf hin, dass das Verteidigungsbudget erneut reduziert wurde und forderte daher, dass der Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) eingestellt werden soll, während etwa zur selben Zeit der südafrikanische Außenminister in London das Engagement in der DRC als eine der außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten darstellte.

Südafrika ist für die EU ein strategischer Partner. Die Zusammenarbeit findet auf mehreren Ebenen in unterschiedlichen Politikfeldern im Rahmen des „Global Gateway“ statt und wurde bisher nicht in Frage gestellt. Aus westlicher Sicht ist die südafrikanische Nähe zu Russland vor allem vor dem Hintergrund des Krieges Russlands gegen die Ukraine problematisch. Für Österreich ist Südafrika zudem der wichtigste Handelspartner am Kontinent.

Ableitungen:

Als Mitglied der BRICS, der G20 und als eine der größten Volkswirtschaften Afrikas hat das Land trotz seiner Probleme eine besondere internationale Position inne, die es sowohl für den Westen als auch für dessen internationale Herausforderer zu einem relevanten Gesprächspartner macht. Trotz vielfältiger Herausforderungen ist das Land eine wichtige internationale Stimme, deren Einfluss nicht unterschätzt werden sollte.

Das südafrikanische Engagement im Krisen- und Konfliktmanagement in Afrika im Rahmen der DRC steht innenpolitisch schon länger zur Diskussion und führte bereits in der Vergangenheit zu leiden-

schaftlichen Debatten. Es ist davon auszugehen, dass das Land seine bisher eingegangenen Verpflichtungen erfüllen wird (der Einsatz in der DRC endet ohnehin mit Ende dieses Jahres). Allerdings dürfte ein neues Engagement innenpolitisch sehr viel schwieriger durchzusetzen sein, wenn südafrikanische Interessen nicht direkt davon betroffen sind.

Die Kompatibilität der außenpolitischen Ideen der beiden großen Koalitionspartner wird ebenso permanent auf dem Prüfstand stehen wie die wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Die neue Koalition in Südafrika könnte dazu führen, dass sich der ANC wieder mehr Richtung westliche Gemeinschaft orientieren wird. In jedem Fall wird es jedoch einen Spagat zwischen politischen Ideen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten geben, der Südafrika näher an jene Staaten bzw. Staatengruppe heranrücken lassen wird, die bei der Lösung innenpolitischer Probleme (z.B. Arbeitslosigkeit, Energieversorgung) den größeren Nutzen bringen werden.

Wie etwa auch in der Haltung zu den Putschstaaten des Sahel gibt es zwei wesentliche westliche Denkschulen. Die eine ähnelt der Logik des Kalten Krieges: die Zusammenarbeit mit pro-russisch empfundenen Staaten auf ein Mindestmaß zu reduzieren, während die andere Denkschule davon überzeugt ist, dass das Feld nicht Russland überlassen werden soll. Eine mögliche dritte Variante wäre eine interessenbasierte Politik, die dort Zusammenarbeit sucht, wo es gemeinsame Interessen gibt.

Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber: Republik Österreich / BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Copyright: © Republik Österreich / BMLV / Alle Rechte vorbehalten

Druck: ReproZ W 24-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk